

Antrag 01: Wirtschaftspolitischer Neuanfang- Vom Subventionsland zum Innovationsstandort

Antragsteller*in:	LV Saarland
Status:	angenommen

1 Wirtschaftspolitischer Neuanfang:

2 Vom Subventionsland zum Innovationsstandort

Die wirtschaftliche Situation des Saarlandes ist von einer tiefgreifenden Transformation geprägt.

Während traditionelle Industrien wie der Automobilbau und die Stahlindustrie unter globalem Wettbewerbsdruck und technologischem Wandel stehen, wächst der Dienstleistungs- und IT-Sektor noch nicht schnell genug, um die Verluste an Wertschöpfung und Arbeitsplätzen vollständig zu kompensieren. Die Antwort der Landesregierung bestand in der Vergangenheit zu oft in dem Versuch, alte Strukturen durch staatliche Eingriffe und Subventionen zu konservieren, anstatt den Weg für Neues konsequent freizumachen.

1. Paradigmenwechsel in der Industriepolitik:

Technologieoffenheit statt Strukturkonservierung

Die Diskussion um die Zukunft des Ford-Werkes in Saarlouis ist symptomatisch für die Herausforderungen des saarländischen Strukturwandels. Das Scheitern der Investorengespräche Anfang 2026, nachdem ein potenzieller Großinvestor absprang, hat verdeutlicht, dass die Hoffnung auf einen einzigen großen „Retter“ trügerisch ist. Die Landesregierung und Ford haben zwar Eckpunkte für eine Nachnutzung vereinbart und die landeseigene gwSaar hat Flächen erworben, doch die Gefahr einer Industriebrache und eines massiven Arbeitsplatzverlustes bleibt real. Die einseitige Fokussierung auf Großansiedlungen macht das Land erpressbar und krisenanfällig.

Wir fordern eine Abkehr von der selektiven Subventionspolitik, die einzelne Branchen oder Unternehmen bevorzugt. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Stattdessen müssen die Rahmenbedingungen für *alle* Unternehmen verbessert werden. **Kernforderungen zur Industrie-/Wirtschaftspolitik:**

1. Modellregion Saarland: Das Saarland benötigt ein neues Geschäftsmodell. Das Kernkonzept ist der **"Data-Iron-Health-Nexus"**. Das Saarland verabschiedet sich vom Versuch, alte Monostrukturen (nur Auto/Stahl) 1:1 zu ersetzen, und vernetzt stattdessen seine harte Industriebasis mit digitaler Spitzenforschung (KI) und Gesundheitswirtschaft zu einem resilienten Gesamtsystem.

2. Technologieoffenheit als Prinzip: Ob Wasserstoff, E-Fuels oder Elektromobilität – die Politik darf nicht vorgeben, welche Technologie sich durchsetzt. Das Saarland muss als Energiestandort alle Optionen offenhalten, um

wettbewerbsfähige Energiepreise für die Industrie zu sichern. Insbesondere die einseitige Subventionierung von „grünem Stahl“ ohne tragfähiges Geschäftsmodell wird kritisch gesehen, da sie Ressourcen bindet, die für Innovationen fehlen.

3. Fokus auf den Mittelstand: Der Mittelstand ist das Rückgrat der saarländischen Wirtschaft. Doch gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) leiden überproportional unter Bürokratie und Fachkräftemangel. Wir fordern ein Belastungsmoratorium für den Mittelstand und eine gezielte Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen in KMU, analog zum Programm „Digiscouts“, bei dem Auszubildende Digitalisierungspotenziale in ihren Betrieben identifizieren.

4. Ende der „Subventionitis“: Die Vergabe von Fördermitteln aus dem Transformationsfonds muss strenger Kriterien unterliegen. Investitionen dürfen nur dann gefördert werden, wenn sie nachweislich zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und Innovation beitragen und nicht lediglich den Status quo zementieren. Der Rechnungshof hat bereits intransparente „verdeckte Förderungen“ moniert.

2. Der CISPA-Effekt: Ausbau des Startup-Ökosystems

Das CISPA Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit ist der leuchtende Stern am saarländischen Innovationshimmel. Mit seiner exzellenten Forschung zieht es Talente aus aller Welt an. Doch die Transferleistung von der Forschung in die wirtschaftliche Anwendung – die Gründung von Startups – stößt noch auf Hindernisse.

Die Analyse zeigt, dass zwar die Zahl der Ausgründungen steigt, aber das notwendige Wagniskapital (Venture Capital) oft fehlt, um diese Unternehmen im Saarland zu halten und wachsen zu lassen (Scale-ups). Oft wandern vielversprechende Gründungen nach Berlin, München oder ins Ausland ab, sobald sie die erste Wachstumsphase erreichen. Kritisch wird auch die Verlagerung von Ausgründungsaktivitäten nach München gesehen, was als Warnsignal für die Standortattraktivität des Saarlandes gewertet werden muss.

Unsere Forderungen für ein Gründerland Saar:

- **Venture Capital Fonds Saarland:** Wir fordern die Aufstockung des geplanten Venture-Capital-Fonds in Kooperation mit privaten Investoren. Der Staat soll hierbei als Ankerinvestor auftreten, um privates Kapital zu hebeln, sich aber aus den operativen Investitionsentscheidungen heraushalten. Ziel ist es, die „Lücke des Todes“ in der Wachstumsfinanzierung zu schließen.
- **CISPA Innovation Campus als Freiheitszone:** Der neue Campus in St. Ingbert („Alte Schmelz“), dessen Finanzierung über 350 Millionen Euro gesichert scheint, muss mehr sein als nur ein Gewerbegebiet. Wir fordern die Ausweisung als „Regulatory Sandbox“ (Reallabor), in der Start-ups unter erleichterten regulatorischen Bedingungen neue Geschäftsmodelle erproben können, etwa im Bereich KI-Anwendungen oder autonomes Fahren.
- **Entbürokratisierung für Gründer:** Einführung einer „Gründung in 24 Stunden“ durch vollständige Digitalisierung des Gründungsprozesses und eine „Genehmigungsfiktion“: Wenn eine Behörde nicht innerhalb von vier Wochen auf

einen Antrag reagiert, gilt dieser als genehmigt. Dies schafft Planungssicherheit.

- **Beitragsfreiheit für Kammern:** Um die Liquidität in der kritischen Startphase zu schonen, fordern wir eine beitragsfreie Mitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern für die ersten drei Jahre nach Gründung.

3. Neue Modellregion: "Data-Iron-Health-Nexus"

Das Modell ruht auf vier Säulen:

1. **Infrastruktur-Hub statt nur Produktion (Wasserstoff):** Da lokale H₂-Produktionsprojekte teils stocken, nutzt das Saarland seine geografische Lage. Über die Pipeline **mosaHYc** wird Wasserstoff (z.B. aus Frankreich) importiert und verteilt. Das Land wird zur zentralen **Logistik- und Anwendungsplattform** für grünen Stahl und Transport in Europa.
 2. **Industrial AI & Cybersecurity (Der kognitive Wandel):** Die Exzellenzforschung (CISPA, DFKI) wird radikal auf die Industrie angewendet. Das Saarland positioniert sich als **B2B-Schmiede** für *sichere* Künstliche Intelligenz in der Produktion ("Cybersecure AI"), statt mit B2C-Startups (wie in Berlin) zu konkurrieren.
 3. **Gesundheitswirtschaft als Wachstumsmotor:** Der Fokus verschiebt sich von reiner Produktion hin zu **Pharma 4.0** (KI-gestützte Wirkstoffforschung) und digitalen Pflegelösungen. Die Region dient als Testmarkt für das Gesundheitswesen einer alternden Gesellschaft.
 4. **Circular Economy (Vom Abfall zum Rohstoff):** Nach dem Wegfall von Neuansiedlungen (wie Svolt) wird die Strategie auf das Ende der Wertschöpfungskette gedreht: Das Saarland wird zum **europäischen Recycling-Zentrum** (Urban Mining, Batterierecycling), indem es die bestehende Logistik- und Materialkompetenz der Stahlindustrie nutzt.
- Der entscheidende Hebel:** Die **Großregion SaarLorLux** wird nicht mehr nur als Pendlerraum, sondern als einheitlicher Wirtschaftsraum ("Schengen 2.0") begriffen, um kritische Masse bei Fachkräften und Investitionen zu erreichen.

4. Kritik am Transformationsfonds: Transparenz statt Schattenhaushalte

Der Transformationsfonds wird als Allheilmittel für den Strukturwandel verkauft, ist aber in Wahrheit ein Schattenhaushalt, der die parlamentarische Kontrolle schwächt. Der Landesrechnungshof hat in einem Sonderbericht deutliche Kritik an der mangelnden Transparenz, der fehlenden Darlegung der „Notsituation“ und der Vermischung von konsumtiven und investiven Ausgaben geübt. Auch die verfassungsrechtliche Unsicherheit nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeshaushalt (KTF-Urteil) schwebt wie ein Damoklesschwert über dem Fonds.

Wir fordern:

- **Rückkehr zur Haushaltswahrheit:** Alle Ausgaben müssen im Kernhaushalt abgebildet werden. Sondervermögen dürfen nur für echte, zeitlich begrenzte Ausnahmesituationen genutzt werden, nicht für dauerhafte politische Aufgaben wie die Finanzierung von Universitätsgebäuden oder Schulsanierungen.
- **Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit:** Wir unterstützen eine konsequente Überprüfung der Rechtmäßigkeit. Die Landesregierung muss einen „Plan B“ vorlegen, wie Projekte (z.B. CIPA-Neubau) finanziert werden, falls der Fonds kippt – ohne neue Schulden aufzunehmen.
- **Priorisierung statt Gießkanne:** Statt neuer Schulden müssen konsumtive Ausgaben (Verwaltung, ineffiziente Subventionen) gekürzt und in echte Zukunftsinvestitionen (Bildung, digitale Infrastruktur) umgeschichtet werden.

5. Die Schuldenbremse als Schutz der Jugend

Die Schuldenbremse ist kein fetischistisches Instrument, sondern gelebte Generationengerechtigkeit. Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Als JuLis Saar bekennen wir uns klar zur Schuldenbremse im Grundgesetz und in der Landesverfassung. Wir lehnen Versuche ab, die Schuldenbremse unter dem Deckmantel von „Notlagen“ dauerhaft aufzuweichen. Ein ambitionierter Tilgungsplan für Altschulden ist unerlässlich, um Handlungsspielräume zurückzugewinnen.

6. Die Grunderwerbsteuer-Bremse lösen

Das Saarland belegt mit einem Grunderwerbsteuersatz von 6,5 % bundesweit einen der Spitzenplätze. Was für den Landeshaushalt eine verlässliche Einnahmequelle darstellt, ist für junge Familien, Paare und Singles die größte Hürde auf dem Weg in die eigenen vier Wände. Diese „Einstiegssteuer“ frisst oft das gesamte über Jahre mühsam angesparte Eigenkapital auf, bevor der erste Stein gesetzt oder der erste Schlüssel umgedreht wurde.

Um die Eigentumsquote im Saarland zu erhöhen und Generationengerechtigkeit bei der Vermögensbildung zu schaffen, fordern wir:

1. **Einführung eines Freibetrags für Erstkäufer:** Das Land Saarland muss von der Öffnungsklausel im Grunderwerbsteuergesetz Gebrauch machen und einen Freibetrag von mindestens **500.000 Euro** für den Erwerb der ersten selbstgenutzten Immobilie einführen. Für jedes Kind im Haushalt soll sich dieser Freibetrag um weitere 50.000 Euro erhöhen.
2. **Abkehr von der Einmalzahlung:** Wir fordern ein Modell zur **Stundung oder Ratenzahlung** der Grunderwerbsteuer über einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren für junge Familien. Dies entlastet die Liquidität in der kritischen Phase des Erwerbs und der Familiengründung massiv.
3. **Saarländisches Wohngeld-Plus für junge Eigentümer:** Das Land soll ein Zuschussmodell (ähnlich dem früheren NRW-Programm) auflegen, das die gezahlte Grunderwerbsteuer für Schwellenhaushalte rückwirkend erstattet, solange die bundesgesetzlichen Spielräume für Freibeträge nicht voll ausgeschöpft werden.

161 **4. Effizienz durch Digitalisierung:** Die Erteilung von
162 Unbedenklichkeitsbescheinigungen durch die Finanzämter muss vollständig
163 automatisiert und digitalisiert werden, um Verzögerungen beim Eigentumsübergang
164 und damit unnötige Bereitstellungszinsen zu vermeiden.

165

166

Begründung

erfolgt mündlich